Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN-10: 3-03777-047-3
ISBN-13: 978-3-03777-047-4

Unterstützt durch die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

© 2007, Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen
Zähringerstrasse 26, CH-8001 Zürich
E-Mail: buch@seismoverlag.ch
http://www.seismoverlag.ch

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung (Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung u. a. m.) dieses Werkes oder einzelner Teile ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
ISBN-10: 3-03777-047-3
ISBN-13: 978-3-03777-047-4

Umschlag: Markus Traber, St. Gallen
Photo: © Daniel Ammann, St. Gallen
Druck: Ediprim AG, Biel

Inhalt

Der Sonderfall Schweiz aus soziologischer Perspektive (Thomas S. Eberle) 7

Teil 1
Die Schweiz in der Welt: Sonderfallsdebatte

Sonderfallsdiskurse und Pfadabhängigkeit: Der Fall Schweiz (Kurt Imhof) 25

„Insula helvetica" als Gleichgewichtsgesellschaft. Mythisierung als schweizerische Krisenbewältigung (Karl-Siegbert Rehberg) 56

Die Schweiz – ein Nationalstaat? (Hanspeter Kriesi) 82

Nationalstaatlichkeit als Grundbedingung der Autonomie des Politischen – Zur Bedeutung von Volkssouveränität und nationaler Identität (Stefan Kutzner) 94

Die Schweiz – Schulbeispiel einer transkulturellen Gesellschaft? (Peter-Ulrich Merz-Benz) 112

Höhenweg und Monolith: Der „Sonderfall" auf Schweizer Landesausstellungen (Juliane Sauer) 128

La Suisse forme-t-elle un cas religieux particulier? (Roland J. Campiche) 140

Teil 2
Die Schweiz im Kapitalismus: Modelldebatte

Sonderfall im rheinischen Kapitalismus oder Sonderweg im liberalen Wohlfahrtskapitalismus? – Zur Spezifität des Sozialstaats Schweiz (Michael Nollert) 153

Der Schweizer Arbeitsmarkt: Sonderfall unter Modernisierungsdruck (Christiane Bender, Hans Grassl, Markus Schaal) 172

Die Gemeinschaft der Schweiz – Wie Sozialpolitik den Nationalstaat sinnvoll erhält (Michael Opielka) 188

Les trois mondes de l'assistance publique (Jean-Pierre Tabin, Arnaud Frauenfelder, Carola Togni, Véréna Keller) 210

Particulière, singulière ou ordinaire? La régulation suisse des parcours de vie sexués (René Levy) 226

Teil 3

Die Schweiz in der Wirtschaft: Besonderungen

Sonderfall und Sonderwissen: Die Durchsetzung amerikanischer Managementmodelle in der Schweizer Arbeitswelt (Christoph Maeder und Eva Nadai) 251

„Von Wirtschaftskapitänen zu Abzockern" – Die Managerlohndebatte im internationalen Vergleich (Matthias Vonwil und Mario Schranz) 263

„Das Schweizer Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar" Rekontextualisierung einer verspäteten Sonderfallsdebatte über eine besondere Schweizer Fiskalkonstruktion (Stefan Tobler und Angelo Gisler) 284

Autorinnen und Autoren 303

Der Sonderfall Schweiz aus soziologischer Perspektive

Thomas S. Eberle

Sonderfall-Diskurse gibt es zuhauf, nicht nur in der Schweiz, aber hier sind sie besonders beliebt. Zum Stichwort „Sonderfall" liefert Google derzeit[1] 1'060'000 Treffer, darunter 229'000 Treffer allein zum „Sonderfall Schweiz". Dieser Topos hat eine lange Tradition, und in seinem Dunstkreis wird alles Mögliche als „Sonderfall" bezeichnet: in der Neuen Zürcher Zeitung der letzten Jahre beispielsweise: der Finanzplatz Schweiz, der Schweizer Aktienmarkt, der Arbeitsfrieden, die Schweizer Musikindustrie, die Schweizer Fahne (wegen ihres ungewöhnlichen Formats) u. v. m. Der „Sonderfall Schweiz" ist demgegenüber komplexer und bildet die hierzulande verbreitetste kollektive Identitätskonstruktion, trotz der deutschsprachigen Bezeichnung auch – wenn auch in abgeschwächter Form – in der Romandie („le Sonderfall") und im Tessin („isola elvetica"). Sonderfälle konstituieren sich durch die Differenz zu einem „Normalfall". Was ist der Normalfall, von dem sich der „Sonderfall Schweiz" unterscheidet?

Der historische Bedeutungsgehalt des Topos „Sonderfall Schweiz" formierte sich vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und umfasste die liberale Konzeption eines republikanischen, ausgesprochen föderalistisch organisierten Staates mit direkter Demokratie; das Milizsystem in Politik und Armee; die 1815 zur Staatsmaxime erhobene „dauerhafte Neutralität"; das Kollegialitätsprinzip sowie die Idee einer „Willensnation", die verschiedene Sprachen und Kulturen vereinte. Im Kontext der sich damals herausbildenden Nationalstaaten im Norden und Süden, welche sich nach sprachlich-ethnischen Gesichtspunkten als zentralistisch organisierte Monarchien konstituierten, bildete die Schweiz wahrlich ein Sonderfall.

Das Sonderfalls-Bewusstsein manifestierte sich einerseits im nationalen Selbstbewusstsein, der Kleinstaat Schweiz sei beispielhaft, bilde eine Brücke zwischen Völkern und Kulturen und habe für die anderen eine Vorbildfunktion. Andererseits verband es sich ausgeprägt mit dem Gefühl einer anhaltenden Bedrohungslage, welche die nationale und soziale Kohäsion beträchtlich

1 Google-Recherche vom 21.10.06.

steigerte. Besonders nachhaltig wirkte die in den 1930er Jahren einsetzende „geistige Landesverteidigung", in der als „schweizerisch" wahrgenommene Werte, Bräuche, Institutionen und Kulturelemente hervorgehoben wurden, um damit den nationalen Zusammenhalt zu stärken und totalitäre Ideologien abzuwehren: zunächst den Nationalsozialismus und Faschismus inkl. des anhaltenden panitalienischen Irredentismus, später im Kalten Krieg den Kommunismus.[2] Der Wegfall dieser Bedrohungslage seit dem Fall der Mauer stellt die Schweiz vor neue Herausforderungen: Was hält uns noch zusammen, wenn wir nicht mehr von aussen bedroht werden? Ist es mehr, als dass die Deutschschweizer keine Deutschen, die Romands keine Franzosen und die Tessiner keine Italiener sein wollen?

Identität konstituiert sich immer in der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem, bei Menschen, Institutionen wie Nationen. Die Rede vom „Sonderfall" betont einseitig das Besondere und droht zu übersehen, dass sich nicht nur die Schweiz, sondern vor allem auch ihr Umfeld fundamental verändert haben: Seit über einem halben Jahrhundert teilen wir mit den Nachbarstaaten dieselben politischen Grundwerte der Demokratie, der Menschenrechte, des Rechts- und Sozialstaates, der sozialen Marktwirtschaft und des Friedens. In komparativen Studien kommen Sozialwissenschaftler(inn)en zudem immer wieder zum Schluss, dass die schweizerische Gesellschaft sich sozialökonomisch wenig von den umliegenden Gesellschaften unterscheidet und die typischen Merkmale moderner Gesellschaften aufweist: Abhängigkeit von den weltwirtschaftlichen Konjunkturzyklen, Arbeitslosigkeit, Immigrationsströme, hohe Scheidungsquoten, geringe Geburtenraten, steigende Mobilität, zunehmende Multikulturalität usw. Nicht nur die Nachbarstaaten, auch die Schweiz wird also immer mehr zu einem „Normalfall", und das Fazit gipfelt denn regelmässig im Postulat, sich vom „Sonderfall Schweiz" zu verabschieden (z.B. Kriesi et al., 2005; Clavel und Schoenenberger, 2000; Schneider 1998; Papadopoulos, 1991; Borner, 1990).

Kollektive Identitätskonstruktionen schaffen jedoch Pfadabhängigkeiten (vgl. den folgenden Beitrag von Kurt Imhof) und lassen sich nicht einfach per Dekret verabschieden. In der öffentlichen politischen Kommunikation spielt der Sonderfall-Diskurs nach wie vor eine prominente Rolle, und die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat nun über 20 Jahre erfolgreich damit politisiert. Christoph Blocher (2000) führt die wirtschaftliche Prosperität der Schweiz ursächlich auf folgende Säulen zurück, auf denen der Sonderfall Schweiz – „das Geheimnis der Schweiz" – beruhe: Volkssouveränität; direkte Demokratie (Machtbeschränkung); Föderalismus mit Wettbewerb von Kantonen und Gemeinden; dauernd bewaffnete Neutralität (als Hindernis für Grossmachtgelüste); Weltoffenheit auf der Basis von Achtung und Freundschaft mit *allen* Staaten der Welt; Widerstand gegen die Einbindung in internationale Grossgebilde. Den Sonderfall verbindet er mit einem dezidierten Antietatismus: Der Erfolg der Schweiz beruhe auch auf einem schlanken Staat; einer freiheitlichen Verfassung; einer beschränkten Macht von Regierung und Parlamenten und der Betonung der Selbstverantwortung und Freiheit der Bürger. Vergleichbare Positionen vertritt eine Gruppe von „Radikal-Liberalen" – so die Selbstbeschreibung –, die anlässlich der schweizerischen Landesausstellung Expo.02 ein Buch zum Sonderfall Schweiz herausgegeben haben (Hirt et al., 2002). Während eine Reihe von Politikern der bürgerlichen Mitte empfahlen, den „Sonderfall Schweiz" zu verabschieden (z. B. Heberlein, 1994; Cotti, vgl. NZZ, 1997), blieb die Linke dem traditionellen Internationalismus der proletarischen Bewegung und später der Sozialdemokratie treu und verharrte in der Multikulturalismus-Debatte. Gleichsam im Windschatten der politischen Debatten verbreiteten sich in der Bevölkerung eine modische Swissness und ein leichtfüssiger Patriotismus, eine ausgeprägte Vorliebe für die „isola elvetica" bei der Jugend (Meier-Dallach et al., 2003) und ein wiedererwachter Stolz auf die Errungenschaften des Service public, wie auch eine rechtskonservative Abgrenzung gegen alles Fremde, seien es Immigranten oder supranationale Zusammenschlüsse.

Die Soziologie hat die wissenschaftliche Erforschung der Konstruktionen nationaler Identität weitgehend den Historikern, Literatur- und Kulturwissenschaftlern überlassen (z.B. Marchal und Mattioli, 1992; Bernhard, 1998; Reichmann, 2000). Angesichts der enormen Bedeutung, die solche Identitätskonstruktionen für eine Gemeinschaft aufweisen, ist das erstaunlich. Zugleich geriet der Nationalstaat als gesellschaftliches Organisationsprinzip immer mehr aus dem Blickfeld soziologischer Aufmerksamkeit. Gesellschaft wurde immer weniger als nationale, auf ein bestimmtes Territorium begrenzte Gesellschaft, sondern vielmehr als Weltgesellschaft begriffen. Als neue Themen drängten sich die zunehmende ökonomische Globalisierung, welche die politischen Systeme der Nationalstaaten immer unbedeutender scheinen liess, in den Vordergrund, und seit kurzem auch die kulturelle Globalisierung, die weltweite Überlagerungs- und Hybridisierungsprozesse in Gang setzte. Auch die Modernisierungs- und Evolutionstheorien liessen den Nationalstaat aussen vor: Einerseits wurden eine zunehmende Individualisierung und Pluralisierung sowie der Verlust der Rahmenerzählungen diagnostiziert, zum anderen eine Bedeutungsverlagerung von segmentären (ethnischen, kulturellen, nationalen

2 Die Sonderfall-Rhetorik war unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg besonders ausgeprägt, als den Alliierten die schweizerische Neutralitätspolitik während des Kriegs erklärt werden musste. Goodwill schuf sich die Schweiz durch grosszügige humanitäre Hilfeleistungen (vgl. Kunz, 1998; Möckli, 2000).

oder religiösen) und stratifikatorischen (Klassen- und Schichtunterschiede) hin zu funktionalen Differenzierungsprozessen postuliert. Gemessen an der Prognostik der Modernisierungs-, Evolutions- und Globalisierungstheorien hat sich der Nationalstaat indes als erstaunlich resistent erwiesen: Nach wie vor bildet er das primäre Ordnungsprinzip der Weltgesellschaft. Angesichts seiner anhaltenden, enormen Bedeutung erstaunt es, wie marginal der Nationalstaat in den neueren soziologischen Theorien geblieben ist. Sonderfall-Diskurse sind soziologisch u.a. gerade deswegen interessant, weil sie vor allem dann aufkeimen, wenn das Besondere, Eigene, Spezifische der eigenen Identitätskonstruktion gefährdet scheint, z.B. durch eine Integration der Schweiz in ein transnationales Gebilde (UNO, EU, NATO). In Sonderfallsdebatten werden denn auch regelmässig die Fragen aufgeworfen, welche Funktion der historisch gewachsene Nationalstaat im Zeitalter globaler Verflechtungen noch haben kann, und was die schweizerische Gesellschaft denn noch zusammenhält. Diesen Fragen muss sich auch die Soziologie stellen.

Die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie hat ihre Mitglieder wie auch Angehörige benachbarter Disziplinen dazu eingeladen, sich anlässlich ihres Jubiläumskongresses „50 Jahre SGS/50 ans SSS" (Eberle, 2005a) zum Thema „Sonderfall Schweiz" Gedanken zu machen. Das Echo war erfreulich positiv: Viele nahmen die Herausforderung an und setzten sich mit dem Thema auseinander. Allerdings beschäftigte sich nur eine Minderheit mit der gesellschaftlichen Konstruktion nationaler Identität, also mit der sozialen Konstruktion eines kollektiven Bewusstseins, sondern oft mit rein sozialstrukturellen Fragen. In diesem Band werden daher vor allem jene Beiträge versammelt, die den Sonderfall Schweiz nicht lediglich als (meist nicht auffindbare) einzigartige Merkmalsausprägung einer sozialstrukturellen Konstellation, sondern in seiner identitätsbildenden und kohäsionsfördernden Bedeutung begreifen oder zumindest dazu einen Bezug herstellen. Das Buch gliedert sich in drei Teile: Die Schweiz in der Welt, die Schweiz im Kapitalismus und die Schweiz in der Wirtschaft.

Im *Teil I* geht es um die klassischen Sonderfall-Debatten: Wie steht die Schweiz in der Welt? Und wie steht sie zur Welt? Wie definiert sie ihre Rolle und ihre Identität in Bezug zu ihren Nachbarn und den anderen Staaten dieser Welt? In einer historisch-soziologischen Analyse geht *Kurt Imhof* der Frage nach, welche Kernsemantiken die schweizerischen Sonderfallsdiskurse kennzeichnen und welche Pfadabhängigkeiten zwischen ihnen bestehen. Da jede Identitätsstiftung vom Besonderen lebt, entwickelt jede Vergemeinschaftungsform einen Selbstbeschrieb als Sonderfall. Sonderfallsverständnisse konstituieren einen „Gemeinsamkeitsglauben" (Max Weber), über den über Zugehörigkeiten (von Minderheiten usw.) entschieden wird. Das haben, so seine These,

sowohl die nationalpatriotische wie die nationalkritische, revisionistische Mainstreamhistoriographie vernachlässigt. Zu den Kernelementen des „Sonderfalls Schweiz" gehören nach Imhof die Konkordanz – ein Kernelement des schweizerischen Verfassungspatriotismus – sowie die Herkunftsmythologie – die Imagination des bäuerlichen Ursprungs der Eidgenossenschaft – und die mit dieser verbundene Bedrohungs- und Widerstandssemantik: der Bedrohung von oben und von aussen wird mit einem gemeinsamen Kampf föderierter Gemeinwesen begegnet. Imhof unterscheidet fünf Gesellschaftsmodelle, die seit der Gründung des Bundesstaates 1848 konsekutiv implementiert wurden, und zeichnet die entsprechenden Sonderfallsverständnisse und ihre Pfadabhängigkeit nach: Wer politisch Erfolg haben will, muss sich an den Kernsemantiken des schweizerischen Sonderfalls orientieren. In der Schweiz ist daher eine neue Sonderfall-Debatte angesagt, um ein neues Gesellschaftsmodell zu entwickeln, und Imhof arbeitet die Voraussetzungen eines solchen Diskurses heraus. Dem neuen Sonderfall-Diskurs wird jedenfalls, so seine Prognose, nur dann Erfolg beschieden sein, wenn sich auch die politische Mitte und die Linke daran beteiligen.

Als mit der schweizerischen Geschichte und Kultur bestens vertraut erwies sich *Karl-Siegbert Rehberg*, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der den Kongress mit einer Keynote eröffnete. In kultursoziologischer Perspektive beschreibt er die „Insula helvetica" als Gleichgewichtsgesellschaft und die Mythisierung als schweizerische Krisenbewältigung. Die Schweiz bildet tatsächlich einen Sonderfall mit einer eigenständigen Gesellschaft und Geschichte, indem sie sich durch auffallende Differenzsetzungen zur Umgebung auszeichnet: als freiheitlicher Bundesstaat im 19. Jahrhundert inmitten von Monarchien und im Zweiten Weltkrieg von den Achsenmächten eingekreist. Bewaffnete Neutralität und geistige Landesverteidigung wurden zur Grundlage einer Überlebenspolitik, das Réduit zum Symbol eines absoluten Willens zum Widerstand. Freiheitswillen und Alpenmythologie verbanden sich zu einer interessanten institutionellen „Eigengeschichte" oder „imagologischen Bricolage" (Marchal und Mattioli, 1992). Das Mythenmaterial schweizerischer Selbst- und Fremddeutungen findet sich im Zweiten Weltkrieg wie in einem Brennglas gebündelt, z.B. der Mythos der Unbeteiligtheit, der eine Vergangenheitsbewältigung überflüssig machte. Veralltäglicht sich der Sonderfall im neuen Europa? Die Neutralität wurde nach der Wende nicht mehr gebraucht, und im Kampf gegen den Terror erwies sie sich sogar als fragwürdig. Zunehmend wurde die Selbstisolation der Schweiz auch im Ausland als anachronistisch empfunden. Die Sonderfallrhetorik ist nach rechts gerückt, als Gegenmodell zur Integration in die EU. Soziologisch-systematisierend schliesst Rehberg, dass die Schweiz ein

aus vielen kulturellen Bestandteilen zusammengefügtes Gleichgewichtssystem ist und eine Gesellschaft ohne Geschichte und ohne Politik. Letzteres begründet er institutionenanalytisch, indem er im Zusammenhang mit der Konkordanzdemokratie die verschiedenen Formen von Konsens erörtert. Die „Insel der Glückseligen" ist etwas ins Wanken gekommen, wird aber von den Ausländern (Deutschen) nach wie vor bewundert.

Ist die Schweiz ein Nationalstaat? *Hanspeter Kriesi* postuliert unter diesem Titel die These, die Schweiz sei eine „Föderation von Nationen" geblieben, welche bis heute nur unvollkommen zusammengefunden haben. In Kapitel 1 geht Kriesi auf die Staatsentwicklung ein: Der Bundesstaat hat drei Ebenen, dessen Proportionen am Volkseinkommen sich seit 1950 nicht verändert haben. Der schweizerische Föderalismus war immer ein Antizentralismus: Das Muster der Kompetenzübertragung von den Kantonen auf den Bund sicherte deren Einfluss auf die Problemlösungsstrukturen, was sich beispielhaft an der Entwicklung des Schweizer Sozialstaats ablesen lässt. Kapitel 2 behandelt die Nationenbildung. Das kritische Element der schweizerischen Nationenbildung war, so Kriesi, stets konfessioneller, nicht sprachlicher Art. Der Föderalismus liess ein hohes Mass an Selbstregulierung der verschiedenen konfessionellen Gemeinschaften zu. In der Schweiz blieben die beiden unterschiedlichen Typen der Nationenbildung – Staatsnation vs. Kulturnation – an unterschiedliche Ebenen des Bundesstaats geknüpft: die politische Konzeption von Nation auf Bundesebene, die ethnische Konzeption der Nationalität auf kantonaler und Gemeindeebene; die Bundesebene also näher beim französischen, republikanischen Modell, die kantonale Ebene eher der Deutschen Kulturnation, also der kulturell definierten Gemeinschaft ähnlich. Der gemeinsame Nenner blieb stets minimal. Daher waren es immer Bedrohungslagen (wie der Zweite Weltkrieg), die den schweizerischen Zusammenhalt gewährleisteten. In Kapitel 3 plädiert Kriesi für eine Neubestimmung der schweizerischen Position: Sie könnte ein Vorbild für die EU sein. Die neue Devise muss aber lauten: Öffnung statt Neutralität und Anpassung an die veränderten Gegebenheiten.

Stefan Kutzner kritisiert die Diagnose der meisten Sozialwissenschaftler, der Nationalstaat habe ausgedient; vielmehr sei – so seine These – der Nationalstaat die konstitutive Bedingung für die Autonomie des Politischen. Das Nationalstaatsprinzip habe eine territorial definierte Bevölkerung zu einem vergemeinschafteten Volk umgeformt, das sich somit qua Volkssouveränität in den Rang eines autonomen kollektiven Willenssubjekts erhebt. Kutzner konstatiert zunächst aus gesellschaftstheoretischer Perspektive, dass sowohl Marx als auch Max Weber Staat und Nation nicht aufeinander bezogen, sondern als getrennte Grössen behandelten. Darauf unterscheidet er zwei

konsekutive Staatstypen in Europa, nämlich den absolutistischen Territorialstaat mit Entscheidungszentrum Monarch, der sich verschiedenen partikulären Gebilden (autonome Stände, Adel und Klerus, Städte) gegenübersieht, und den modernen Nationalstaat mit Volkssouveränität, in dem nicht mehr Ansässigkeit auf einem Territorium, sondern Zugehörigkeit zu einem homogenen Volk ausschlaggebend sind. Die Autonomie des Politischen wird anschliessend exemplarisch am Beispiel der Französischen Revolution demonstriert, wo der Begriff der Nation radikal umgedeutet wurde und die Vorstellung der Volkssouveränität entstand: das Volk als Träger der Nation. Der Sonderweg Deutschlands hob sich dahingehend ab, dass das monarchistische Deutschland und später die BRD wie die DDR ein gebrochenes Verhältnis zur Volkssouveränität hatten. Die Schweiz bildet nach Kutzner insofern einen Sonderfall, als ihre politische Verfasstheit einen Kompromiss zwischen dem modernen Nationalstaatsprinzip und dem Konföderationsprinzip darstellt: Die Volkssouveränität ist dem Konföderationsprinzip der 26 Kantone nachgeordnet. Dies ermöglichte ein wirksames Subsidiaritätsprinzip, doch bleibt die Bildung eines Volkswillens sehr erschwert: Volkssouveränität gibt es in der Schweiz nur als abstraktes Prinzip.

Peter-Ulrich Merz-Benz befasst sich mit der Frage, ob die Schweiz ein Schulbeispiel einer transkulturellen Gesellschaft sei. Dabei geht es nicht um die Diagnose eines neuen Phänomens, sondern um die Entwicklung einer neuen Begrifflichkeit, mit der die kulturelle Vielfalt der Schweiz adäquater gefasst werden kann. Der klassische Kulturbegriff Herders – ein idealtypischer Kampfbegriff gegen das Geschichts- und Kulturverständnis der französischen Aufklärung – ist, so die These, heutzutage obsolet. Wolfgang Welsch portierte daher den Begriff der Transkulturalität: Kulturen sind keine Inseln oder Kugeln, sondern durchdringen einander, schreiben sich einander ein, sind ineinander präsent und sind hybridisiert. Am Beispiel des Sprachenartikels in der schweizerischen Bundesverfassung zeigt der Autor, dass der Gesetzgeber die Nation weder als Staat (etatistisch) noch als Volk (ethnisch) verstanden hat. Von Multi- oder Plurikulturalität zu sprechen, ginge aber an der Kulturwirklichkeit vorbei: Transkulturalität sei treffender. Der Zusammenhalt der Kultur beruht auf den pragmatischen Leistungen der sozialen Akteure, die Schweizer Kultur kristallisiert sich also in Individualverhältnissen. Allerdings muss Transkulturalität immer zusammengedacht werden mit Transdifferenz: mit dem Widerspenstigen, das sich gegen die Einordnung in die Polarität binärer Differenzen sperrt und oszilliert. Abschliessend geht Merz-Benz der Frage nach, ob Transkulturalität und Gemeinschaft einen unaufhebbaren Gegensatz bilden. Er verneint: Im Gegenteil, sie müssen zusammen gedacht werden. Der Begriff der Sprachgemeinschaft müsse erhalten bleiben, denn

Gemeinschaft verweise auf das Prärationale, und das gerate bei der Transkulturalität gewöhnlich aus dem Blick. Die transkulturelle Wirklichkeit der Schweiz bildet ein Schulbeispiel, so die Schlussfolgerung, denn sie ist nicht bewusst geschaffen worden. Was die Zugehörigkeit zu einer Sprachgemeinschaft ausmacht, ist nur zu einem geringen Teil der Reflexion zugänglich (wie auch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, einer Konfession, einer Region). Ein Lob daher dem Föderalismus, denn er erfordert ein Umgehen-Können mit Divergenzen und Differenzen.

Juliane Sauer spürt dem „Sonderfall" auf Schweizer Landesausstellungen nach. Zunächst gibt sie einen Überblick über die drei bisherigen Landesausstellungen. Der Sonderfall Schweiz ist eng verknüpft mit der Konstruktion der nationalen Identität. Auch Landesausstellungen dienen der Schaffung und Bestätigung der Zusammengehörigkeit einer Grossgruppe. So wurde die traditionelle Funktion von Landesausstellungen an der legendären „Landi 1939" zur „Geistigen Landesverteidigung" umgestaltet, und die Expo 1964 in Lausanne stand im Zeichen des Kalten Kriegs. Was repräsentiert die Expo.02? Die Autorin betrachtet Landesausstellungen als Kommunikationsplattformen für den Austausch gesellschaftlicher Codes im Sinn der Cultural Studies. In Experteninterviews mit den Expo-Machern sammelte sie Daten, die sie gemäss einem Kategoriensystem folgendermassen interpretierte: Als wichtige Bausteine der nationalen Identität wurden erstens die föderalistische Grundstruktur sowie die Finanzkraft des Landes gesehen. Nach wie vor von Bedeutung sind auch die Heterogenität des Landes und der Wille zum Zusammenhalt (Willensnation). Die Heterogenität wird von den Künstlern als Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen interpretiert. Betont wird aber auch der Wertkonservatismus, der „Patriotismus light". Als „typisch schweizerisch" werden zudem die Art der Zusammenarbeit der Expo-Macher, das Beharren auf Kompromissen sowie die Standortwahl zwischen Deutsch- und Westschweiz wahrgenommen. Die Identitätskonstruktion findet täglich statt: als „social engineering".

Stellt die Schweiz einen religiösen Sonderfall dar?, fragt *Roland J. Campiche.* Die Schweiz ist ein akonfessioneller, aber nicht ein areligiöser Staat. Die religiösen Veränderungen Westeuropas haben auch die Schweiz ergriffen. Sie zeigen sich in neuen Begrifflichkeiten und Sichtweisen: in der Relativierung der Säkularisierung, weil sich auch das moderne Leben mit Religion verträgt; in der These der Privatisierung der Religion; in der De-Institutionalisierung der Religion und schliesslich in der These der Wiederkehr der Religion und des Religiösen. Hinzu kamen das Konzept der Wiederzusammensetzung (recomposition) und der Individualisierung der Religion. Die Pluralisierung der Religion nimmt den Kulturschock auf, der die heutige Zeit charakterisiert.

Campiche führt den Begriff der Dualisierung (dualisation) der Religion ein, womit er zwei Pole unterscheidet: 1. den institutionellen Pol der Religion (der Verlust des Einflusses christlicher Institutionen) und 2. den universalen Pol der Religion (die zunehmende Individualisierung). Nach einer Auseinandersetzung mit der Individualisierungsthese, die als Folge der strukturellen Differenzierung gedeutet wird, fragt Campiche, was vom Sonderfall bleibe. Noch heute finde man Spuren des religiösen Sonderfalls: 1. die starke historische Prägung durch das Christentum und 2. den Föderalismus. Immer weniger praktizieren die Religion in der Kirche; trotzdem ist die Rate der Jesus-Gläubigen in der Schweiz ausserordentlich hoch. Das föderalistische System überlässt es jedem Kanton, wie er die Beziehung zwischen Staat und Kirche regeln will; nur zwei Kantone haben die Trennung vollzogen. Darin zeige sich, so Campiche, der helvetische Pragmatismus, der demokratische Pluralismus und die konfessionelle Neutralität der Schweizer. Allerdings befürchtet der Autor, dass sich das mit der Internet-Generation und der zunehmenden Metropolisierung der Schweiz immer mehr verwässern wird.

Im *Teil 2*, die Schweiz im Kapitalismus, geht es um die Modelldebatte: Wie verortet sich die Schweiz im kapitalistischen Weltsystem? Seit der dänische Soziologe Gösta Esping-Andersen drei Typen von Wohlfahrtskapitalismus postuliert hat, stellt sich die Frage, welches Wohlfahrtsmodell die Schweiz praktiziert und wie sie sich im Vergleich zu anderen Staaten positioniert. Um die Spezifität des Sozialstaats Schweiz herauszuarbeiten, nimmt *Michael Nollert* zwei Diagnosen zum Ausgangspunkt, welche die Schweiz je unterschiedlich verorten. Der französische Ökonom Michel Albert beschreibt zwei Typen von Kapitalismus, den rheinischen Kapitalismus sowie den neoamerikanischen Kapitalismus und rechnet die Schweiz dem rheinischen Modell zu. Esping-Andersen dagegen unterscheidet anhand der beiden Dimensionen Dekommodifizierung und Destratifizierung drei Typen von Wohlfahrtsregime, nämlich erstens den liberalen Typus, zweitens den rheinischen Kapitalismus konservativer Prägung und drittens jenen sozialdemokratischer Art; im Gegensatz zu Albert ordnet er die Schweiz dem liberalen Typus zu. Da sich Esping-Andersen auf Daten aus dem Jahre 1980 bezieht und Albert auf Daten jüngeren Datums, geht Nollert der Frage nach, ob die unterschiedliche Zurechnung auf eine zwischenzeitliche Veränderung des Sozialstaats Schweiz zurückgeführt werden kann. Der Autor vermutet, dass die Schweiz sowohl einen Sonderfall im rheinischen Kapitalismus bildete als auch einen Sonderweg in der Welt des liberalen Wohlfahrtskapitalismus beschritt. Nach einer Erörterung von Argumenten, die für die liberale bzw. rheinische Klassifikation unseres Landes sprechen, zieht Nollert eine Reihe von Indikatoren für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung heran und führt

zwei Clusteranalysen mit Daten für die frühen 1980er Jahre und aktuellen Werten durch. Er kommt zum Schluss, dass die Schweiz damals im europäischen Cluster tatsächlich ein (liberaler) Sonderfall war, dass sie seither in der Welt des liberalen Wohlfahrtskapitalismus aber einen Sonderweg hin zum rheinischen Modell beschritten hat und heute in Kontinentaleuropa keine Sonderstellung mehr einnimmt.

Am Beispiel der Arbeitsmärkte in der Schweiz und in Deutschland schliessen *Christiane Bender, Hans Grassl und Markus Schaal* die Frage an, ob eine Politik der nationalen Wohlfahrt im Zeitalter der Globalisierung möglich sei. Den Sonderfall Schweiz machen sie daran fest, dass die Schweiz in Deutschland als ökonomisches Erfolgsmodell und Vorbild gilt. Vordergründig scheine dies den wirtschaftsliberalen Arbeitsmarktstrategen Recht zu geben. Das Autorenteam plädiert indes für eine differenzierte Analyse nationaler Arbeitsmärkte, welche komplexere institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen mit einbezieht. Denn der Erfolg bzw. das Scheitern der Arbeitsmarktpolitik eines Landes hange von sozial und kulturell tief verankerten Ordnungsideen ab. Innerhalb der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen stelle die Schweiz eine „liberal-konservative Mischform" dar, nämlich ein „sozialpartnerschaftlich fundiertes nationalliberales Regime" (Manfred G. Schmidt). In der klassischen Arbeitsmarktpolitik des konservativen Sozialstaatsmodells waren inländische Männer die begünstigte Kerngruppe, während Frauen, Ausländer, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer die Manövriermasse bildeten. Mittlerweile, so die These, habe der kulturelle und sozialstrukturelle Wandel die Spielräume einer angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik verringert und stelle die tradierten Ordnungsideen in Frage. Die Frauen reduzieren beispielsweise die Manövriermasse, indem sie auf Erwerbsarbeit nicht mehr verzichten wollen. Beschäftigungsgewinne lassen sich v. a. im Bereich verbraucherbezogener Dienstleistungen (Fritz Scharpf) erzielen, und die Schweiz hat diesbezüglich ein Spitzenniveau erreicht. Dies ist, wie eine genauere Analyse zeigt, jedoch v.a. auf den Erfolg des Tourismus zurückzuführen, während alle übrigen Branchen von den typischen Charakteristika eines konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaates geprägt seien, welche die Expansion ökonomisierter sozialer Dienstleistungen blockieren. Die grössten Herausforderungen für die nationalen Arbeitsmärkte, so schliesst das Autorenteam, kommen nicht aus der Europäisierung und Globalisierung, sondern aus dem Innersten der Industrienationen selbst.

Michael Opielka geht der Frage nach, ob es heute eine „Gemeinschaft Schweiz" (noch) gibt und welche Werte und Praktiken diese Gemeinschaft gegebenenfalls integrieren. Der Autor will dies mit einem theoretischen und einem empirischen Zugang beantworten. Den theoretischen Rahmen liefert

Talcott Parsons, bei dem gesellschaftliche Gemeinschaft neben dem Wirtschafts-, dem Politik- und dem Legitimationssystem ein gleichursprüngliches Element der Gesellschaftsanalyse ist. Opielkas These ist, dass eine spezifische Rekombination der Interpenetrationen des politischen Systems mit den gemeinschaftlichen Subsystemen „Hilfe" und „Öffentlichkeit" den Schweizer Sonderweg hinsichtlich der nationalen Gemeinschaftsbildung ausmacht: die erste Interpenetration konstruiert die Sozialpolitik, die zweite die Demokratie. Aufgrund der empirischen Beobachtung, dass die Soziallast- und Sozialleistungsquote der Schweiz sich in den letzten 20 Jahren drastisch gesteigert und dem europäischen Mittelwert angeglichen haben, ortet der Autor einen regimetypologischen Revisionsbedarf. Schon früher hat er eine Erweiterung der drei Typen von Esping-Andersen um den Regimetyp „Garantismus" vorgeschlagen. Die vier Typen werden nun am Beispiel Schweiz-Deutschland mit gesellschaftlichen Subsystembezügen rekombiniert. Opielka erinnert an die Variation der Regimezuordnungen verschiedener Politikfelder: auf dem einen Gebiet kann der Sozialstaat liberal, auf dem anderen sozialistisch sein. Trotzdem schreibt er der Regimetypologie einen erheblichen analytischen Ertrag zu und bezeichnet den Schweizer Wohlfahrtsstaat als „weich garantistisch". Obwohl der Prozess der Globalisierung die Absenkung und Diffusion von politisch definierten Nationalitätsgrenzen fördert, sind die gemeinschaftlichen Teilsysteme „Hilfe" und „Öffentlichkeit" noch immer fast ausschliesslich nationalstaatlich verfasst und halten das Gebilde „Nationalstaat" noch für einige Zeit „sinnvoll".

Mit drei Welten der öffentlichen Fürsorge befassen sich *Jean-Pierre Tabin, Arnaud Frauenfelder, Carola Togni und Véréna Keller.* Jede Gesellschaft will zunächst einmal *ihren* Armen helfen. Zentral für jeden Sozialstaat ist daher die Definition potentieller Leistungsempfänger. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Evolution solcher Definitionsversuche nachzuzeichnen. Die Daten stammen aus einem laufenden Forschungsprojekt, das die Entstehung und die Transformationen der öffentlichen Fürsorge-Politiken in der Schweiz seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zum Thema hat, und beziehen sich auf parlamentarische Debatten in zwei Kantonen (Waadt und Neuenburg) sowie auf Interviews mit zahlreichen involvierten Personen. Die Analyse zeigt, dass die Definition potentieller Leistungsempfänger an die Frage nach der (kommunalen, kantonalen, nationalen, post-nationalen) Zugehörigkeit gekoppelt ist, und diese wurde im Laufe der Zeit ganz unterschiedlich konzipiert, thematisiert und institutionalisiert. Das Autorenteam konstruiert drei Idealtypen öffentlicher Fürsorge, um die historische Entwicklung zu charakterisieren: Der erste, traditionelle Idealtyp beruht auf Stabilität, bezieht sich also auf eine stabile Gruppe, bei der die Zugehörigkeit über die

Herkunft bzw. das Blut bestimmt wird. Der zweite Idealtyp beruht auf der Mobilität der Erwerbstätigkeiten und stellt auf deren Domizil ab. Der dritte, post-nationale Idealtyp basiert auf der Würde des Menschen und bezieht sich auf den Weltbürger, dem gewisse Mindestrechte zuerkannt werden. Alle drei Typen werden durch empirisches Datenmaterial illustriert. Es zeigt sich, dass die drei Typen einander zwar historisch gefolgt sind, dass die vorangegangenen aber nicht eliminiert wurden: Man findet in den heutigen Gesetzen und Debatten alle drei Formen von Solidarität nebeneinander, was nach Ansicht des Autorenteams ein Aspekt des „Sonderfalls Schweiz" ist und weiter erforscht werden sollte.

Keinen Sonderfall ortet dagegen *René Levy*, der eine empirische Analyse des Geschlechterregimes von Lebensläufen vorlegt. Bisher habe man diese vor allem mikrosoziologisch untersucht; nun gelte es, diese Studien durch meso- und makrosoziologische, vor allem strukturelle Studien zu ergänzen. Der institutionelle Rahmen eines Landes bildet den Kontext, innerhalb dessen die Individuen ihre Entscheidungen bezüglich ihres Lebenslaufs treffen müssen. Die Hypothese lautet nun, dass das Geschlechterregime, also die empirisch vorfindlichen Modelle auf der Ebene mikrosozialer Praktiken, beeinflusst wird durch die Politiken, d.h. die institutionellen Regelungen, die den meso- und makrosoziologischen Rahmen bilden. Auf der Basis der Typologie von Esping-Andersen prüft der Autor anhand empirischer Daten, welche Zusammenhänge zwischen Wohlfahrtstyp und Geschlechterdifferenzen in Lebensläufen festgestellt werden können. Was die professionellen Trajekte anbelangt, sind in unterschiedlichen europäischen Ländergruppen drei unterschiedliche Modelle vorfindbar. In der Schweiz herrscht klar das Modell beruflicher Unterbrechung der Frau (bei der Geburt eines Kindes) und ihres späteren Wiedereinstiegs vor. Eine Longitudinalstudie zeigt zudem, dass die Schweiz vom Hausfrauenmodell der Versorgerehe zum Vereinbarkeitsmodell der Hausfrauenehe gewechselt hat. Levy formuliert eine ganze Reihe von Forschungshypothesen, welche institutionellen Mechanismen ausschlaggebend sein könnten für die Geschlechterdifferenzierung der Lebensläufe, und er zieht einige prägnante Schlussfolgerungen. In Bezug auf das Geschlechterregime gibt es, so seine Abschlussthese, keinen Sonderfall, sondern viele empirische Regularitäten, die auch in anderen Staaten beobachtbar sind. Der Begriff des Sonderfalls kann in Bezug auf derartige strukturelle Betrachtungen jedenfalls keine deskriptive Bedeutung haben. Für Levy ist die Schweiz daher mehr oder weniger partikulär, aber sicher nicht singulär, und von einem soziologischen Standpunkt aus auf jeden Fall „ordinär".

Im *Teil 3*, die Schweiz in der Wirtschaft, geht es um das Spannungsfeld zwischen einigen kulturellen Besonderheiten der Schweiz und den Imperativen

des globalisierten Wirtschaftssystems. *Christoph Maeder* und *Eva Nadai* untersuchen die Durchsetzung amerikanischer Managementmodelle in der Schweizer Arbeitswelt. Das kollektive Deutungsschema des wirtschaftlichen „Sonderfalls" verliert in der Praxis immer mehr an Geltung, die kulturellen Selbstverständlichkeiten der schweizerischen Arbeitswelt werden immer mehr aufgelöst. Am Beispiel der HRM-Steuerungstechnologien in einem schweizerischen Konzern, deren Implementierung die beiden ethnographisch erforscht haben, beschreiben sie typische kulturelle Konfliktthemen zwischen lokaler Belegschaft und global orientierten Managern, wie z. B. die Institution der Sozialpartnerschaft, das duale Berufsbildungssystem oder die sprachkulturellen Kommunikations- und Umgangsformen (Anglisierung des Konzerns) – mithin zentrale Merkmale des schweizerischen Selbstverständnisses in der Arbeitswelt. Bei den Mitarbeitern beobachtet das Autorenteam Gefühle der Missachtung, Entwurzelung und Kränkung sowie ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Top-Management. Sie fügen sich aber den Zwängen des dominanten kulturellen (Firmen-)Modells durch flexible Anpassung und geschicktes Selbstmarketing. Strukturell hat der generalisierte Leistungsimperativ in Verbindung mit der Dekontextualisierung durch das Harvard-Managementwissen zwei Effekte: erstens einen schleichenden Strukturwandel in Bezug auf die Qualifikationsprofile der Arbeitsplätze; zweitens lassen sich die Gewinne der Kalibrierung von Stellenprofilen im Rahmen verschiebbarer Organisationsfunktionen benennen und legitimieren. Diese Entwicklung passt zum neuen Geist des Kapitalismus (Boltanski und Chiapello): Grosse Unternehmen werden zunehmend über globale Finanz- und Aktienmärkte gesteuert. Eine Reihe lokaler Besonderheiten der schweizerischen Arbeitskultur bleibt zwar erhalten, weil sie politisch und rechtlich abgesichert sind, es droht aber immer der Wegzug des Konzerns (bzw. weiterer Teile davon) ins Ausland.

Misstrauen gegen Manager globaler Konzerne artikuliert sich nicht nur innerhalb von Unternehmungen, sondern auch in der öffentlichen Kommunikation, wo in den letzten Jahren aus Wirtschaftskapitänen Abzocker wurden. *Matthias Vonwil* und *Mario Schranz* untersuchen die Managerlohndebatte im internationalen Vergleich. Ist diese starke Moralisierung gegenüber den Exponenten des Wirtschaftssystems, so fragen sie, ein spezifisch schweizerischer Sonderfall? Zum Beispiel aufgrund der hierzulande stark verankerten Ausgleichs- und Diskretionskultur und der Relationierung von Politiker- und Wirtschaftselite? Die Autoren wollen mittels einer empirischen Analyse eine Antwort darauf geben: Wann werden die Löhne zum Problem? Wer macht sie zum Problem? Und mit welchen Begründungen? Der Ländervergleich wird auf der Basis einer Zuordnung einerseits zum neoliberalen und andererseits zum sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodell vorgenommen, und

es werden eine Reihe von Hypothesen formuliert. Entgegen der zentralen theoretischen Erwartung, dass die Managerlohndebatte in Ländern mit dem sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodell besonders stark ausfallen müsste, zeigt sich, dass die Resonanz in der Berichterstattung in neoliberalen Ländern höher ist. Während in Deutschland eine Closed Corporate Governance-Kultur herrscht, verfolgen die angelsächsischen Länder eine Kultur der Open Corporate Governance. Unterschiede zeigen sich allerdings in der Ausgestaltung des Mediensystems: Die Leitmedien in den USA sind die Elitemedien, in Grossbritannien dagegen die Boulevardpresse (mit den entsprechenden Skandalisierungstendenzen, Empörungskommunikationen und Personalisierungen), und in Deutschland und der Schweiz beide Medientypen. Die Schweiz stellt bezüglich Managerlohndebatte jedenfalls keinen Sonderfall dar, befindet sich aber in einem Transformationsprozess hin zur weiteren Entflechtung von Politik und Wirtschaft.

Ein pièce de résistance im Schweizer Sonderfallsverständnis bildet das Bankgeheimnis, das in den Verhandlungen mit der EU zu einem nicht verhandelbaren Nationalgut emporstilisiert wurde. *Stefan Tobler* und *Angelo Gisler* bezeichnen diesen Diskurs als „verspätete Sonderfallsdebatte". Zunächst betrachten sie das Bankkunden-Geheimnis in seiner historischen Entwicklung und stellen klar, dass es sich in der Schweiz zusätzlich um ein Steuerhinterziehungsgeheimnis handelt. Anschliessend arbeiten sie die wesentlichen Argumentationslinien von Befürwortern und Gegnern heraus, die im Zeitraum 2000–2005 im Verlauf des Bankgeheimnisdiskurses in Zusammenhang mit der Zinsbesteuerung beobachtbar sind. Zentrale Argumente für die Nichtverhandelbarkeit des Bankgeheimnisses sind der im liberalen Staatsverständnis wurzelnde Schutz der finanziellen Privatsphäre, das im internationalen Vergleich fortgeschrittene Abwehrdispositiv gegen Finanzkriminalität, die antietatistische Auffassung von Steuerwettbewerb sowie die hohe Bedeutung des Finanzplatzes für die Schweiz. Die Autoren zeigen, dass damit auf bewährte Argumentationsweisen zurückgegriffen wurde, die im historisch gewachsenen Bankgeheimnisdiskurs angelegt sind. Es wurden aber auch neue Pfadabhängigkeiten geschaffen: Je mehr sich in der Schweizer Öffentlichkeit eine Bedrohungsperzeption ausbildete, desto mehr Kommunikationsereignisse nahmen darauf Bezug. War der Bankgeheimnisdiskurs zunächst auf die Zinsbesteuerung und die OECD-Initiative gegen schädlichen Steuerwettbewerb beschränkt, weitete er sich in der Folge auf die gesamten Bilateralen Verträge II aus. So wurde die Schweizer Europapolitik immer mehr hinsichtlich der Kompatibilität mit den Interessen des Finanzplatzes diskutiert. Tobler und Gisler versuchen abschliessend die Konfliktkonstellationen zu beschreiben, die zwischen der Schweiz und der EU künftig möglich sind.

Eine Fortsetzung der konfliktreichen Auseinandersetzung zeichnet sich ab, eine neue Sonderfall-Debatte scheint unausweichlich zu sein.

Insgesamt präsentiert dieses Buch also mannigfaltige Aspekte des Schweizer Sonderfallsverständnisses aus soziologischer Perspektive. Die Diskussion innerhalb der Disziplin ist eben erst eröffnet. Im Sonderfall-Diskurs, so schillernd er ist, steckt das Potential zu einer neuen Reflexion auf die nationale Idee der Schweiz und die nationale Identität von Schweizerinnen und Schweizern. Beides bedarf dauernd neuer Aneignung im Kontext bestehender Pfadabhängigkeiten. Diese Auseinandersetzung wird jedoch nur dann fruchtbar werden, wenn man die realen Gegebenheiten nüchtern in Rechnung stellt und nicht eine Bedrohungslage unterstellt, die de facto nicht mehr existiert. Bei allem, was die Schweiz mit anderen Staaten gemeinsam hat, bleibt das Bedürfnis aber legitim, sich auch auf ihre Besonderheiten, ihre Einzigartigkeit und ihre Unverwechselbarkeit zu besinnen. Der Sonderfall-Diskurs verdient es daher, auf neue Art lanciert zu werden.[3]

Literatur

Bernhard, Roberto, Hrsg. (1998), *Nationalismen. Hinweise für die Zukunft*, Aarau: Verlag Sauerländer.

Blocher, Christoph (2000), Gedanken zum Geheimnis eines erstaunlichen Erfolgs. Den Sonderfall Schweiz begreifen. Albisgüetli-Rede von Nationalrat Dr. Christoph Blocher, in: *Schweizerzeit*, 22 (3).

Borner, Silvio, Aymo Brunetti und Thomas Straubhaar (1990), *Schweiz AG: vom Sonderfall zum Sanierungsfall?* Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Eberle, Thomas S. (2005a), *50 Jahre Schweizerische Gesellschaft für Soziologie / 50 ans Société suisse de sociologie.* Zürich: Seismo Verlag.

Eberle, Thomas S. (2005b), Zum „Sonderfall Schweiz". Konstruktion nationaler Identität aus Sicht der Soziologie, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 237, 11.10.05, S. 14.

Heberlein, Trix, Matthias Kummer, Iwan Rickenbacher und Suzette Sandoz (1994), *Zahlen sich helvetische Alleingänge aus? Die Schweiz zwischen Sonderfall und Vorreiterrolle*, Zürich: Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft.

Hirt, Walter, Robert Nef und Richard Ritter, Hrsg. (2002), *EigenStändig – Die Schweiz ein Sonderfall*, Zürich: Moderne Industrie.

Kriesi, Hanspeter, Peter Farago, Martin Kohli und Milad Zarin-Nejadan, Hrsg. (2005), *Contemporary Switzerland. Revisiting the Special Case*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

3 Teile dieser Einleitung erschienen in der NZZ (Eberle, 2005b).

Kunz, Matthias (1998), *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik. Die Schweiz im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in der Wahrnehmung der Parteipresse 1943–1950,* Bern: Schweizerisches Bundesarchiv, Dossier 8.

Marchal, Guy Paul und Aram Mattioli (1992), *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität,* Bd. 1. Zürich: Chronos.

Meier-Dallach, Hans-Peter, Susanne Hohermuth und Therese Walter (2003), *isola elvetica. Das Bild der Schweiz im Zeitalter der Globalisierung – L'image de la Suisse à l'ère de la mondialisation – L'immagine della Svizzera nell'era della globalizzazione*, Zürich: Verlag Rüegger.

Möckli, Daniel (2000), *Neutralität, Solidarität, Sonderfall. Zur Konzeptionierung der schweizerischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit, 1943–1947.* Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 55. Zürich: ETH Zentrum.

Neue Zürcher Zeitung (1997), *Cotti für Abschied vom Sonderfall Schweiz. Rede an der „Albisgütli"-Tagung der kantonalen SVP.* Stadt und Kanton Zürich, 18. Januar, 53.

Papadopoulos, Yannis (1991), *La Suisse: un „Sonderfall" pour la théorie politique?* Lausanne: Institut de science politique.

Reichmann, Eva, Hrsg. (2000), *Narrative Konstruktion nationaler Identitäten*, St. Ingebert: Röhrig Universitätsverlag.

Schneider, Gerald (1998), *Vom Sonderfall zum Normalfall. Eine Einführung in die Aussenpolitik der Schweiz*, Zürich: Pro Helvetia.

Thomas S. Eberle und Kurt Imhof (Hrsg.)

Sonderfall Schweiz